

## 5 Fragen an SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne und NEOS

Anlässlich der Wahlen zum EU-Parlament von 6.-9. Juni 2024 hat BirdLife Österreich im Mai 2024 die bisher im EU-Parlament vertretenen Fraktionen um Antworten zu ausgewählten naturschutzrelevanten Fragen gebeten. Hier sind sie in leicht gekürzter Form, nach Fragen aufgeschlüsselt (Anm.: die ÖVP hat eine allg. Antwort abgeliefert, die gänzlich unter Frage 1 steht).

### 1. Welche umweltbezogenen Themen beabsichtigen Sie im Falle Ihres Einzugs ins EU-Parlament dort in den kommenden Jahren proaktiv voranzubringen?

Alexander Bernhuber (ÖVP, gesammelt beantwortend): Ich möchte festhalten, dass Klima- und Umweltschutz eine wichtige Priorität sind. Das Erreichen der Klimaneutralität bis 2050 ist an sich ein ehrenvolles Ziel, aber der Weg dorthin muss so bestritten werden, dass die drei Säulen der Nachhaltigkeit nicht noch mehr aus dem Gleichgewicht geraten. Niemand bestreitet die Wichtigkeit des Kampfes gegen den Klimawandel, allerdings dürfen die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aspekte nicht ausgeblendet werden. Es muss mehr Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass Land- und Forstwirte und Fischer ihre wertvolle Arbeit beim Schutz unserer lebens- und liebenswerten Kulturlandschaften sowie beim Erhalt der Artenvielfalt nur verrichten können, wenn sie am Ende des Tages auch wirtschaftlich überleben können – denn man kann nicht grüner werden, wenn man rote Zahlen schreibt.

Besonders in Österreich sind wir zurecht stolz auf die Artenvielfalt und was für deren Erhalt geleistet wird. Das Zusammenspiel von politischen Vorgaben und gesellschaftlichem Einsatz im Sinne des Umweltschutzes und der Biodiversität ist unbedingt wertzuschätzen und absolut unterstützenswert. Denn für mich steht fest, dass nur in diesem Tandem der größtmögliche Erfolg erzielt werden kann, wenn es darum geht, auch den kommenden Generationen einen lebenswerten Planeten zu überlassen.

SPÖ (übermittelt von Andreas Schieder): Im Rahmen des EU Green Deal gab es mutige Initiativen, die aber aufgrund von Lobby-Interessen nicht ausreichend durchgesetzt werden konnten. In der kommenden Periode wird daher viel Energie in die Weiterführung dieser Initiativen, etwa die Null-Schadstoff-Vision, gesteckt werden müssen. Weitere Forderungen für ein klimagerechtes Europa auf S. 16-17 des SPÖ-Wahlprogrammes: <https://www.spoe.at/wp-content/uploads/2024/05/wahlprogramm.pdf>

Erg. Günther Sidl (SPÖ): Ich setze mich im EP für einen Kurswechsel bei Pestiziden ein. Was wir in die Natur ausbringen, landet auf unseren Tellern und in unseren Körpern – und da haben krebserregende Umweltgifte wie Glyphosat und Co. nichts verloren. Wir brauchen Alternativen, die weder der Natur noch der Gesundheit von Tier und Mensch schaden. Darum setze ich mich für eine EU-Forschungsstrategie für ökologische Alternativen ein und werde diese Forderung auch nach der Wahl im EU-Parlament einbringen.

FPÖ (übermittelt von Harald Vilimsky): Umweltschutz ist Heimatschutz. Dafür stehen wir Freiheitliche. Wichtig ist es aber eine Balance zu schaffen, um neben EU-Umweltpolitik auch den Wirtschaftsstandort Europa zu stärken anstatt Wirtschaft und Industrie nicht mit überbordenden Auflagen zu zerstören oder zu Abwanderung zu zwingen um weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben.

Grüne (übermittelt von Ines Vukajlović, Thomas Waitz und Katrin Fallmann): Die Klima- und Biodiversitätskrise ist die größte Frage unsere Zeit, und ihr zu begegnen erfordert unsere volle Entschlossenheit. Rekordtemperaturen, Naturkatastrophen und das Artensterben zerstören nicht nur ganze Ökosysteme, erzeugen extreme Kosten, sondern führen auch zu großem menschlichem Leid. Wir Grüne setzen deshalb auf die soziale und grüne Transformation unserer Wirtschaft und Industrie, Artenschutz und die Bewahrung unserer Natur. Wir setzen uns ein für ein Ende der fossilen Energien wie Öl und Gas, damit wir nicht nur im globalen Wettbewerb bestehen können, sondern auch unabhängig von Despoten werden. Wir wollen einen Schwerpunkt auf Kreislaufwirtschaft legen (sh. EU-Circular Economy Action Plan). Bei der Umsetzung der neuen EU-Ökodesign-Verordnung werden wir uns für ambitionierte Nachhaltigkeitskriterien für alle wesentlichen Produktgruppen einsetzen. Wir werden außerdem für die Weiterführung und den Ausbau des

Green Deal arbeiten, besonders für die noch nicht abgeschlossenen Vorhaben. Wir kämpfen für weitere mutige Schritte der EU-Klima- und Umweltpolitik in den Sektoren Landwirtschaft, Lebensmittelsysteme, Chemie, Verkehr und der Industrie.

NEOS (übermittelt von Anna Stürgkh): In der laufenden Legislaturperiode wurde im Sinne des Green Deal eine Rekordzahl an Klimagesetzen verabschiedet, die es nun von den Mitgliedsstaaten umzusetzen gilt. Für den Fall, dass NEOS-Abgeordnete Mitglieder von umweltbezogenen Ausschüssen sein werden, werden wir weiterhin ein ambitionierter konstruktiver Partner sein. Ein Schwerpunkt dabei sollten Maßnahmen zum Umlenken von umweltschädlichen Subventionen sein.

2. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) beansprucht etwa ein Drittel des gesamten EU-Budgets. Wie sehen Sie die Rolle der GAP für die Lösung der Klima- und Biodiversitätskrisen? Befürworten Sie die Aufweichung bestehender GAP-Auflagen?

ÖVP: sh. Frage 1.

SPÖ: Die GAP ist ein wesentliches Mittel, um den Herausforderungen der Erderhitzung, denen landwirtschaftliche Betriebe ausgesetzt sind, zu begegnen, notwendige Anpassungsleistungen zu begleiten, Bodengesundheit etwa durch Reduktion gefährlicher und hochgefährlicher chemisch-synthetischer Pestizide, Reduktion synthetischer Düngemittel und durch Humusaufbau zu fördern, Bestäuberpopulationen wieder zu stärken und Grundwasserkörper vor Nitrat- und Pestizideinträgen zu schützen.

Die eilig beschlossene Aufweichung der GAP-Auflagen wurde ohne Folgenabschätzung durch die Europäische Kommission vorgelegt. Wir brauchen eine EU-Landwirtschaftspolitik, die vorausschauend denkt. Gesunde Böden und Biodiversität sind die Grundlagen für Ernährungssicherheit, die Produktion von Lebensmitteln und sie sind damit auch zentrale Elemente, damit landwirtschaftliche Betriebe produktiv wirtschaften können. Die SPÖ hat daher auf europäischer Ebene gegen diese Änderungen der gesetzlichen Grundlagen der GAP gestimmt. Außerdem muss es eine deutlichere Verknüpfung der Einhaltung der Arbeitnehmer:innenrechte mit dem Bezug von Agrarfördermitteln geben, damit die Situation der Erntearbeiter:innen EU-weit verbessert wird.

FPÖ: Österreichs Bauern sind Klimaschützer der ersten Stunde. Die GAP muss eine Unterstützung für die Bauern sein anstatt ein Instrument um die heimische Landwirtschaft durch immer absurdere Maßnahmen zu ruinieren.

Grüne: Die GAP ist essentiell für die ökologische Ernährungs- und Agrarwende als wichtiger Baustein zur Lösung der Klima- und Biodiversitätskrise. Wir kämpfen daher für eine Abkehr von den Direktzahlungen je Hektar, und stattdessen für eine Förderung von ökologischem und allgemein gesellschaftlichem Mehrwert, sowie die Schaffung guter Arbeitsplätze in der Landwirtschaft. Das bedingt in erster Linie eine Förderung von umwelt-, tier- und klimagerechter Bewirtschaftung, bemessen am Mehrwert einer Maßnahme. Die GAP braucht auch ambitionierte Wirkungsziele, z.B. Halbierung des Einsatzes von Pestiziden und Antibiotika, Halbierung des Nährstoffverlusts, Klimaschutzziele und Biodiversitätsziele. Wenn die Zielerreichung gefährdet ist, müssen die Maßnahmen nachgebessert werden.

Wir befürworten EU-weite Mindeststandards für Umwelt (und auch Soziales) in der ersten Säule der GAP. Dass nun Jahr für Jahr einige dieser bereits zu geringen ökologischen Mindeststandards ausgesetzt, abgeschafft bzw. abgeschwächt werden, halten wir im Sinne der Klima- und Biodiversitätskrise für absolut unverantwortlich. Das ist zuallererst wichtig für die Bäuerinnen und Bauern, die von den Folgen – Dürren, Starkregenereignisse, Verschiebung der Blühzeitpunkte, etc. – besonders betroffen sind. Und es ist wichtig für uns alle, um unsere Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Dass die aktuelle Abschaffung und Abschwächung der Mindeststandards auch noch in einem Eilverfahren und ohne Wirkungsfolgenabschätzung geschehen ist, kritisieren wir auch aus einem demokratiepolitischen Standpunkt. Statt der vorgeschobenen Begründung, damit den Bäuerinnen und Bauern in einer prekären wirtschaftlichen Lage helfen zu wollen, wären Eingriffe in Marktstrukturen notwendig, etwa der Stopp der Mercosur-Verhandlungen oder stärkere Handhabe gegen unfaire Handelspraktiken.

Aus Sicht der NEOS kann eine reformierte GAP einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Klima- und Biodiversitätskrise leisten, indem sie eine umweltfreundliche und klimaschonende Landwirtschaft fördert. Dies umfasst die Unterstützung von nachhaltigen Anbaumethoden, die Stärkung regionaler Lebensmittelproduktion und die transparente sowie leistungsbezogene Vergabe von Fördermitteln. Innovation und Forschung in der Landwirtschaft sollen ebenso gefördert werden wie Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung, um die Landwirtschaft resilient und zukunftsfähig zu gestalten. Die NEOS setzen sich für realistische Vorgaben und eine Reduktion der Bürokratie ein, um diese Ziele zu erreichen.

Eine Aufweichung bestehender GAP-Auflagen befürworten wir nicht, da sie die Umwelt- und Klimaziele gefährden.

3. Naturschutzanstrengungen werden auf EU-Ebene gegenwärtig vor allem aus Mitteln der GAP (2.Säule) und dem LIFE-Programm finanziert. Sollen Ihrer Meinung nach zusätzliche Finanzierungsinstrumente für Naturschutz auf EU-Ebene installiert werden, zum Beispiel für Maßnahmen zur Wiederherstellung beeinträchtigter Lebensräume?

ÖVP: sh. Frage 1.

Die SPÖ setzt sich dafür ein, dass die beträchtlichen GAP-Fördermittel verteilungspolitisch und gesellschaftspolitisch erwünschte Entwicklungen anstoßen. Jene Mittel, die etwa durch ein Ende der Flächenförderungen frei würden, sollten in Klimaleistungen, Umweltleistungen, Natur- und Tierschutz und insgesamt hin zu den kleinen und mittleren Betrieben fließen. Wir setzen uns dafür ein, dass die GAP sozial und ökologisch reformiert wird – für eine Landwirtschaft, die im Zeichen von Klima-, Natur- und Tierschutz steht, und daher auch für eine deutliche Pestizidreduktion und ein Ende der Flächenförderung.

FPÖ: Bei den von der EU geplanten Renaturierungsmaßnahmen sind inhaltlich neben dem Naturschutz auch viele weitere Bereiche der Landesvollziehung, wie Land- und Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei, Energiepolitik, Katastrophenschutz, Raumordnung, Wasserbau, durch verbindliche Ziele unmittelbar betroffen. Es braucht hier Lösungen mit Hausverstand, die auch in der Praxis umsetzbar sind und keinesfalls ideologische Maßnahmen, die die Versorgungssicherheit der Bürger und Existenz der Bauern gefährden.

Grüne: Die Grünen treten für eine deutliche Steigerung der Finanzmittel für Biodiversitäts- und Naturschutz ein. Diese Steigerung sollte sowohl durch verbesserte Ausstattung und Schwerpunktsetzung bestehender sowie Schaffung neuer Finanzierungsquellen erreicht werden. Besonders bei der Renaturierung liegt der berechnete Nutzen laut EU-Kommission rund zwölf Mal höher als der Aufwand für die Wiederherstellung. Umgekehrt sind die Kosten des Nicht-Handelns mehr als zehn Mal höher als die geschätzten Kosten der Wiederherstellung. Die angeblich ungeklärte Finanzierung wird oft als Mythos gegen das Nature Restoration Law verwendet. Dieses soll nach Auffassung der EU-Kommission u.a. durch Nutzung bestehender Instrumente in den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt und Regionalförderung implementiert werden. Es braucht darüber hinaus mehr Finanzmittel im Kampf gegen die Biodiversitätskrise.

NEOS fordern die Einführung einer Zukunftsquote für das EU-Budget, mit der nachhaltig Zukunftsausgaben wie Investitionen, Forschung oder Energieinfrastruktur mobilisiert werden. Mit der Erweiterung der EU-Kompetenzen und damit neu balancierten Budgets sollen auch Mittel von der GAP in Zukunftsprojekte umgeschichtet werden. Innerhalb der GAP fordern wir eine noch stärkere Mittelumschichtung hin zu Umwelt-Dienstleistungen (Gewässerschutz, Pestizidreduktion, Biodiversität). Die Finanzierung von Renaturierungsmaßnahmen wird zusätzliche Mittel erfordern, bei denen die EU und die Mitgliedsstaaten gefordert sind. Die Länder müssen bei der Umsetzung des Renaturierungsgesetzes hier Antworten liefern.

4. Vogelarten wie Seeadler, Kormoran, Graureiher werden im Spannungsfeld zwischen Naturschutz und Fischerei sehr unterschiedlich wahrgenommen. Würden Sie einer Aufweichung der bestehenden Schutzregeln auf EU-Ebene zustimmen?

ÖVP: sh. Frage 1.

SPÖ: Die Aufweichung der bestehenden Schutzregeln von Beutegreifern steht immer wieder in Diskussion, wird von uns aber abgelehnt. Eine allfällige Änderung könnte nur dann erfolgen, wenn zweifelsfrei und auf wissenschaftlicher Basis erwiesen wäre, dass der Schutzstatus nicht weiter notwendig sei.

FPÖ: Grundsätzlich sprechen wir uns dafür aus, Schäden zu verhüten, anstatt Totalausfälle in Fischgewässern ersetzen zu müssen. Maßvolle Eingriffe in die Population könnten einerseits die enormen Folgen in der Fischerei verhindern und würden den Tierbestand nicht gefährden oder gar ausrotten, was immer wieder als Argument gegen die nachhaltige Bejagung vorgebracht wird.

Grüne: Nein; wir brauchen die Wildtiere, um das Gleichgewicht unserer Ökosysteme zu erhalten. Bei der weltweiten Biomasse der Vögel bilden nur 30% Wildvögel ab – 70% sind Hühner und anderes Geflügel. Bei Säugetieren bilden wir Menschen 36% ab, 60% unsere Nutztiere und nur 4% Wildtiere.<sup>1</sup> Auch wenn es verständliche Spannungen zwischen Naturschutz und der Fischerei gibt, ist der Abschuss von Wildtieren in Zeiten der Biodiversitätskrise keine sinnvolle Lösung.

NEOS: Vogelarten wie Kormorane, Seeadler oder Graureiher entnehmen häufig große Mengen an Fisch aus Teichen, Flüssen und Seen. Diese Vögel spielen jedoch auch eine wichtige Rolle im Ökosystem, indem sie beispielsweise kranke und schwache Fische fressen und so die Fischpopulationen gesund halten. Aktuelle Beobachtungen und Untersuchungsergebnisse zeigen einmal mehr, dass auch heute und selbst in unserer Kulturlandschaft natürliche Regulationsmechanismen wirken. Zusätzlich sollte man ein adaptives Management einführen, bei dem die Populationsentwicklung von Vögeln und Fischen regelmäßig überprüft wird, und die Maßnahmen sollten entsprechend angepasst werden. Statt einer generellen Aufweichung bestehender Schutzregeln sollten gezielte, lokal begrenzte Maßnahmen zur Bestandskontrolle in besonders betroffenen Gebieten erwogen werden.

5. Der Schutz der Biodiversität in der EU steht immer wieder den Interessen der Land- und Forstwirtschaft sowie der Bereitstellung von Energie aus erneuerbaren Quellen (z.B. Windkraft, Wasserkraft, Biomasse, Photovoltaik) entgegen. Treten Sie für eine EU-rechtliche Bevorrangung einer oder mehrerer dieser Interessen ein? Welche Lösungen schlagen sie für die Zielkonflikte vor?

ÖVP: sh. Frage 1.

SPÖ: Die Bestimmungen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie sind kein Freifahrtschein für den sorglosen Umgang mit der Tier- und Pflanzenwelt. In den auszuweisenden „Beschleunigungsgebieten“ muss ein umfassendes Screening erfolgen, und bei der nationalen Umsetzung ist darauf zu achten, dass die Behörden auch mit ausreichenden Ressourcen und Sachverstand ausgestattet sind, um diese Aufgabe verantwortungsvoll zu erledigen. Mit einem intensivierten Biodiversitätsmonitoring kann zudem bereits in der Planung stärker auf Schutzinteressen Rücksicht genommen werden.

FPÖ: Die Vorstellung von nachhaltiger Energieversorgung hat sich in den letzten Jahren geändert. Ließen Atomreaktoren politische Aktivisten vor einigen Jahren noch auf die Barrikaden steigen, so werden diese heute als „grün und nachhaltig“ gefeiert. Land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse sind die wohl wichtigsten Ressourcen jeder Generation. Ein überbordender Eingriff in den Agrarsektor würde sowohl unsere Energieversorgung als auch Lebensmittelsicherheit gefährden. Dies gilt es zu verhindern.

Grüne: Die Klima- und Biodiversitätskrisen hängen zusammen, und so müssen wir sie auch lösen. Um die Zielkonflikte zwischen der Biodiversität, Energieproduktion und Güterproduktion zu entschärfen, müssen wir uns auch der grundsätzlichen Reduktion unseres materiellen Fußabdrucks zuwenden. Daher setzen wir uns auch für ein EU-weites Reduktionsziel des materiellen Fußabdrucks der EU auf ca. fünf Tonnen pro Kopf bis 2050 ein. Sechs von neun „planetaren Grenzen“ sind bereits überschritten und unsere ökologischen Lebensgrundlagen stark bedroht. Eine schnellstmögliche Reduktion des materiellen

---

<sup>1</sup> <https://doi.org/10.1073/pnas.1711842115>

Fußabdrucks in allen Wirtschaftsbereichen ist daher unterstützenswert. Weiters müssen wir Wirtschaft und Ressourceneinsatz in Kreisläufen denken und unsere Zirkularitätsrate steigern – im Jahr 2020 stammten nur 12 Prozent der in der Wirtschaft eingesetzten Materialien und Ressourcen aus dem Recycling. Wir möchten das in Zukunft weiter ausbauen.

NEOS: Klimawandel und Biodiversitätsverlust sind miteinander verbunden, weswegen ihnen nicht separat begegnet werden darf. In den nächsten fünf Jahren müssen wir uns darauf konzentrieren, die Gesetze des Green Deal praxisnah und möglichst unbürokratisch umzusetzen. Von einer EU-rechtlichen Bevorrangung sehen wir ab, es steht jedoch fest: Der Ausbau der Erneuerbaren muss deutlich beschleunigt werden, weswegen wir das Konzept des überragenden öffentlichen Interesses und jenes für Beschleunigungsgebiete für erneuerbare Energie aus der Erneuerbare-Energien-Richtlinie unterstützen. Wir brauchen qualitativ hochwertige und schnelle Genehmigungsverfahren, wobei die sorgfältige Abwägung mit anderen Umwelt- und Naturschutzwirkungen natürlich dennoch gewährleistet bleiben muss. Weiters sind bestehende Systeme wie z.B. die GAP so zu verbessern bzw. zu transformieren, dass sie eine umweltfreundliche und klimaschonende Landwirtschaft fördert.